

Berlin aktuell

Gernot Erler, MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Genossin, lieber Genosse!

am vergangenen Wochenende hat die schwarz-gelbe Koalition in einem letzten, verzweifelten Akt versucht, so etwas wie eine gemeinsame Linie zu finden. Bei dem Zwang zum Kompromiss ist offenbar jeder politische Sachverstand abhanden gekommen: In Zeiten einer europaweiten Schuldenkrise Steuern auf Pump senken zu wollen ist in jeder Hinsicht unverantwortlich. Am Ende zahlen es doch die Bürger, zum Beispiel mit höheren kommunalen Beiträgen. Die SPD wird diesem Quatsch im Bundesrat ein Ende setzen. Auch die angekündigte Pflegereform ist peinlich und kostet nur Geld – von einem Konzept fehlt dagegen jede Spur.

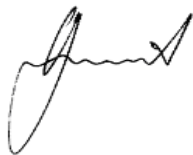
Am unsinnigsten ist allerdings das zynische Betreuungsgeld. Dass die einstmalen so stolzen Liberalen dieser Fernhalteprämie zustimmen ist einem Kuhhandel mit der CSU geschuldet, die dafür der Mini-Steuersenkung zugestimmt hat. Besonders absurd ist das Argument der Betreuungsgeld-Fans: Es ermögliche Wahlfreiheit. Die Familien könnten nun wählen, ob sie das Kind in die Krippe geben oder daheim behalten. Mit genau diesem Schlagwort, Wahlfreiheit, hatte zuvor immer Ex-Familienministerin von der Leyen (CDU) argumentiert, als sie sich für den notwendigen Ausbau von Krippen einsetzte. Das ist verkehrte Welt.

Wie soll vernünftige Integration funktionieren, wenn die Gefahr besteht, dass durch das Betreuungsgeld womöglich genau diejenigen Kinder den Tagesstätten fernbleiben, die dringend Deutsch lernen und mit Gleichaltrigen zusammenkommen müssten?

Dass die Koalition keinen Sinn für wahre Integrationspolitik hat, bewies sie auch bei ihrer skandalösen Ablehnung unseres Gesetzentwurfs zur doppelten Staatsangehörigkeit. Mit diesem Gesetz würde endlich auch den Migranten Respekt gezollt, die sich als In- und Ausländer fühlen, die einen Loyalitätskonflikt in sich tragen. Dem kann sich eine moderne Gesellschaft doch nicht verweigern.

Auch dem gesetzlichen Mindestlohn können sich eine realitätsnahe Gesellschaft und Politik nicht verwehren. Und doch lehnt die Union einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn weiterhin ab. Sie will eine Lohnuntergrenze. Doch wer behauptet, er wolle eine allgemein verbindliche Lohnuntergrenze, kann keine branchenbezogenen oder regionalen Abweichungen hinnehmen. Sozial ist schließlich, was Arbeit schafft, von der man leben kann – unabhängig von ergänzender Sozialhilfe. Wir fordern darum einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde.

Mit herzlichen Grüßen
Euer



IMPRESSUM:
GERNOT ERLER, MDB
STELLVERTRETENDER VORSITZENDER DER
SPD-BUNDESTAGSFRAKTION
Platz der Republik
11011 Berlin
Tel. 030/227 75735
Fax. 030/227 76735
E-Mail: gernot.erler@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Gernot Erler, MdB
Günterstalstr. 33
79102 Freiburg
Tel. 0761/382629
Fax. 0761/24865
E-Mail: gernot.erler@bundestag.de

www.gernot-erler.de

 **SPD**
BUNDESTAGS
FRAKTION
www.spdfraktion.de

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|--|
| 02 Aktuelle Stunde: Betreuungsgeld | 12 Warum die SPD-Fraktion die Koalitionsbeschlüsse ablehnt |
| 04 Der gesetzliche Mindestlohn ist überfällig | 15 Kampf gegen Rechtsextremismus im Sport |
| 05 Verbot von Streumunition erhalten | 16 Klimadiplomatie stärken |
| 07 Menschenrechte in Subsahara fördern | 16 Integrierte Verkehrspolitik nutzen |
| 07 Bürgerbeteiligung auf EU-Ebene kommt | 18 Bürokratieabbau ist zum Stillstand gekommen |
| 08 Debatte Finanzmarktregulierung | 18 Projekt Zukunft: Bürgerbeteiligung |
| 10 Glücksspielsucht bekämpfen | 20 Presse und Interviews |
| 11 Doppelte Staatsangehörigkeit einführen | |

AKTUELLE STUNDE

Betreuungsgeld hält Kinder von früher Bildung fern

Damit die CSU die unverantwortliche schwarz-gelbe Steuersenkung mitträgt, hat die Koalition am 6. November das auch in ihren eigenen Reihen umstrittene Betreuungsgeld beschlossen. Es ist vorgesehen, Eltern, die ihre Kinder nach den ersten zwölf Monaten nicht in einer Krippe oder in einer Tagespflegestelle betreuen lassen, von 2013 an monatlich 100 Euro zu bezahlen. Von 2014 an sollen es 150 Euro pro Monat sein. Insgesamt werden dem Bundeshaushalt so jährlich Kosten in Höhe von 2 Milliarden Euro entstehen.

Fernhalteprämie Betreuungsgeld von Anfang an in der Kritik

Das Betreuungsgeld wird, seitdem es von der CSU während der Großen Koalition auf die Tagesordnung gesetzt wurde, heftig kritisiert. Deshalb nahm die SPD 2007/08, um den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung nach dem ersten Lebensjahr gegen Widerstände aus der Union durchzusetzen, dieses Vorhaben als Kompromiss mit der CSU nur als unverbindliche Soll-Maßnahme ab 2013 in das Kinderförderungsgesetz auf. Damals warf die FDP den Sozialdemokraten vor, damit Wahlkampf für die CSU zu machen, heute schreiben die Liberalen an der Seite der Union das Betreuungsgeld gesetzlich fest. Die Sozialdemokraten wollten und wollen diese unsinnige Maßnahme nie realisieren.

Fernhalteprämie setzt Zukunftschancen von Kindern aufs Spiel

In einer von der SPD-Bundestagsfraktion beantragten Aktuelle Stunde bezeichnete Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier das Betreuungsgeld als „familienpolitischen, finanzpolitischen, integrationspolitischen, frauenpolitischen und wirtschaftspolitischen Unsinn“. An die Abgeordneten der schwarz-gelben Koalition, die das Betreuungsgeld ablehnen, richtete er die Bitte, diesen verhängnisvollen Weg nicht mitzugehen.

Die SPD werde dem Betreuungsgeld nicht zustimmen, da damit die Weichen falsch gestellt werden. Das Betreuungsgeld setze als Fernhalteprämie die Chancen der Kinder aufs Spiel, die frühe Bildung am nötigsten haben. In der ganzen vergangenen Woche habe er von Schwarz-Gelb anlässlich des 50. Jahrestages des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens Reden gehört, die betonten, wie wichtig es sei, dass Kinder aus Migrantenfamilien vor dem Schulbesuch die deutsche Sprache erlernen. Doch am Sonntag habe die Koalition sich mit der Einführung der Bildungs-Fernhalteprämie dafür entschieden, einen Anreiz zu schaffen, um genau diese Kinder aus den Kitas fernzuhalten. Die 2 Milliarden Euro, die jetzt für die Fernhalteprämie verschwendet würden, sollten in den Ausbau von Krippenplätzen und die Finanzierung von Erzieherinnen und Erziehern investiert werden. Denn nach aktuellen Berechnungen fehlen 233.000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren, um den ab 2013 geltenden Rechtsanspruch auf Kinderbetreu-

ung erfüllen zu können. Mit den 2 Milliarden Euro, die das Betreuungsgeld jährlich kostet, könnten rund 50.000 zusätzliche Kita-Plätze geschaffen werden.

Wahlfreiheit für Eltern besteht erst mit genügend Betreuungsplätzen

„Seit Sonntag fahren Sie eine Verdummungskampagne,“ warf Fraktionsvizin Dagmar Ziegler Schwarz-Gelb vor. Wo bleibe denn die Wahlfreiheit für die Familien, ihre Kinder entweder selbst zu Hause zu betreuen oder sie in einer Kita betreuen zu lassen, wenn es nicht genug Betreuungsplätze gebe? Die Zeche dafür müssten später die Kinder bezahlen, die keine grundlegende Bildung im Elternhaus bekommen und die Alleinerziehenden, die keinem Beruf nachgehen könnten und die Wirtschaft, weil gut ausgebildete Frauen zu Hause blieben.

Auch beim Betreuungsgeld zeige sich nun in der Koalition Streit in der Ausgestaltung des Gesetzes. So fordere Christian Lindner von der FDP, dass das Betreuungsgeld bei Hartz-IV-Empfängern auf die Transferleistungen angerechnet werden soll, wogegen es Widerstand aus der CSU gebe.

Unter Rot-Grün sind 4 Milliarden Euro in den Ausbau von Ganztagschulen investiert worden, und in der Großen Koalition setzte die SPD den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung nach dem ersten Lebensjahr eines Kindes durch. Dagmar Ziegler erinnerte Ministerin Kristina Schröder (CDU) daran, dass der Rechtsanspruch 2013 nicht eingeführt werde, sondern bereits beschlossen sei und der Krippenausbau weit hinter dem Bedarf zurück bleibe. Deshalb müsse erneut ein Krippengipfel stattfinden, um das Problem der fehlenden kommunalen Mittel anzugehen.

In den laufenden Haushaltsberatungen wird die SPD-Fraktion beantragen, für das Jahr 2012 zusätzlich 300 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt für den Betreuungsausbau bereit zu stellen. Nur so kann der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung für alle Kinder sichergestellt werden. Die dafür erforderlichen Mehrausgaben sollen durch den „Nationalen Pakt für Bildung und Entschuldung“ finanziert werden.

Geld für die Nichtinanspruchnahme staatlicher Leistungen zu zahlen, ist absurd

Als höchst absurd bezeichnete die familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Caren Marks, die Logik, die hinter der Fernhalteprämie Betreuungsgeld steht: Es werde „Geld für die Nichtinanspruchnahme staatlicher Leistungen gezahlt.“ So könnte auch Geld erstattet werden, wenn jemand die Bibliotheken oder das Schwimmbad nicht nutze oder nur zehn anstatt 13 Jahre zur Schule gehe.

Die Fernhalteprämie sei ein vergiftetes Geschenk mit Blick auf die Bildungschancen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Verfassungsrechtlich bedenklich sei die Einführung des Betreuungsgeldes auch, da es nichts zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern beitrage und auch bestehende Nachteile nicht beseitige. Damit werde ein altes Rollenbild gefördert. Außerdem unterstütze das Betreuungsgeld nicht alle Familien, auch das entspreche nicht dem Grundgesetz. Wenn nur bestimmte Familien gefördert werden, müsse dies gut begründet werden, sagte Marks. Genau das mache laut Medienberichten die Experten im Familienministerium und im Kanzleramt ratlos bei der Gestaltung eines verfassungskonformen Gesetzes. Caren Marks gab der Regierung den Rat: „Lassen Sie es doch einfach.“

Bildung beginnt nicht erst in der Schule

Schwarz-Gelb wisse ganz genau, dass das Betreuungsgeld gerade bei Familien mit geringen Einkommen dazu führen werde, dass deren Kinder von der Kita ferngehalten würden, sagte die bayerische SPD-Abgeordnete Marianne Schieder. Gerade für diese Kinder sei frühkindliche Bildung wichtig. So würde ihnen die Zukunft verbaut, da Bildung bekanntermaßen nicht erst in der Schule beginne. Damit werde die soziale Spaltung weiter voran getrieben.

Einige interessante Zitate rund ums Betreuungsgeld:

Miriam Groß (FDP) im Bundestag, 26.09.2008: „Mit dem Betreuungsgeld verstärken wir den Teufelskreis, in dem Kinder, die von zu Hause keine Chance auf frühe Bildung (...) haben, vom Kindergarten ausgeschlossen werden, weil ihre Eltern mit 150 Euro lieber ihre Haushaltskasse aufbessern. (...) Haben Sie vielleicht auch einmal an die Kinder gedacht, anstatt nur an die potenziellen CSU-Wähler-Eltern, die Sie mit diesem Geschenk vor der Wahl ködern wollen?“

Aus dem Kommentar der Süddeutschen Zeitung vom 8.11.2011: Jetzt lässt sich ausgerechnet die FDP mit der CSU auf genau diesen Deal ein: „Das Betreuungsgeld ist das Resultat eines politischen Kuhhandels in der Bundesregierung: Die FDP darf Steuersenkungen vermelden, dafür kriegt die CSU ihre Kita-Verzichtsprämie“

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung und Vorsitzende der Frauen Union, Maria Böhmer (CDU) in der Tageszeitung „Die Welt“: Die Frauen Union in der CDU habe sich eine andere Lösung gewünscht. Die Regelungen dürften sich nicht zum Nachteil der Kinder auswirken: „Es wäre zum Beispiel kontraproduktiv, wenn Migrantenkinder jetzt nicht mehr die frühen Hilfen nutzen würden.“

Zitat der Vorsitzenden des Familienausschusses im Bundestag, Sibylle Laurischk (FDP) in der „Rheinischen Post“: „Die FDP wollte das Betreuungsgeld nicht und wir halten es für fragwürdig“, Es wäre besser, das Geld in die frühkindliche Bildung von Kindern zu stecken.

ARBEIT

Der gesetzliche Mindestlohn ist überfällig

Angela Merkel rudert beim Mindestlohn zurück: Untergrenze ja, Einheitsbetrag nein. Für die SPD-Fraktion steht fest: Irgendwelche Lohnuntergrenzen helfen nicht. Sozial ist, was Arbeit schafft, von der man leben kann – unabhängig von ergänzender Sozialhilfe. Deshalb fordern die Sozialdemokraten einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von einheitlich 8,50 Euro pro Stunde.

Vergangene Woche wurde bekannt, dass die Antragskommission der CDU dem Bundesparteitag empfehlen will, „eine allgemein verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen einzuführen, in denen ein tarifvertraglich festgelegter Lohn nicht existiert.“ Ein Vorstoß, der auf den ersten Blick nach einer Wende der Union hin zu einem allgemeinen Mindestlohn aussieht – und prompt auf heftige Kritik innerhalb der CDU und beim Koalitionspartner FDP stieß.

Von einer „Diskussion zur Unzeit“ sprachen die einen (Michael Kretschmer, Unions-Fraktionsvize und Generalsekretär der CDU Sachsen), von einer „Gespensterdebatte“ die anderen (Wolfgang Steiger, Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrates). Die Mittelstandsvereinigung der Union wettete, die Festlegung einer Lohnuntergrenze sei „ordnungspolitisch nicht vertretbar“ (Hans Michelbach, CSU).

FDP-Parteivizin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger sagte: „Die FDP kann sich auf das Abenteuer eines gesetzlichen Mindestlohnes nicht einlassen.“ Und der FDP-Fraktionsvorsitzende Rainer Brüderle kritisierte, die CDU nähere sich sozialdemokratischen Positionen an.

CDU-Chefin Merkel ruderte zurück und stellte klar: Sie wolle keinen einheitlichen Mindestlohn, sondern regional- und branchenspezifische Regelungen.

„Sie wissen nicht, was Sie tun“

Wer behauptet, er wolle eine allgemein verbindliche Lohnuntergrenze, könne keine branchenbezogenen oder regionalen Abweichungen hinnehmen, kritisierte SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles am 09. November in der Aktuellen Stunde des Bundestages. Merkel mache „die Lohnuntergrenze zum Schweizer Käse.“

SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil stieß mit seiner Kritik in die gleiche Richtung: „Sie wissen nicht, was Sie wollen, und Sie wissen nicht, was Sie tun“, sagte er an die Abgeordneten von Union und FDP gewandt. Der Arbeitsmarktexperte monierte unter anderem die in dem CDU-Vorschlag vorgesehene Beschränkung der Lohnuntergrenze auf Branchen, in denen es keine Tarifverträge gibt. Heil verwies auf den Tariflohn für Friseurinnen und Friseure in Sachsen, der gerade mal etwas über 3 Euro liegt. Die SPD hält es für falsch, solche Bereiche von einer allgemeinen Mindestlohnregelung auszunehmen.

Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Anette Kramme, machte außerdem deutlich, dass es nicht um irgendeinen Mindestlohn gehen kann – egal wie hoch. Sie kritisierte die von der CDU diskutierte Orientierung einer Lohnuntergrenze am Mindestlohn in der Zeitarbeit, was einer Mindestlohnhöhe von 7,01 Euro (Ost) bzw. 7,89 Euro (West) entsprechen würde.

Einheitlich 8,50 Euro pro Stunde sind das Mindeste

Für die SPD-Fraktion steht fest: Eine zu niedrige allgemeine Lohnuntergrenze bringt nichts. Der Mindestlohn muss die Beschäftigten unabhängig von ergänzender Sozialhilfe machen – auch im Alter.

Hubertus Heil betonte: „Wir wollen einen Vorrang für tarifvertragliche Mindestlöhne.“ Die Koalition könnte „ohne weiteres etwas dafür tun, dass tarifvertragliche Mindestlöhne über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz einfacher möglich wären“. Dafür müssten lediglich alle Branchen in das Gesetz aufgenommen werden, dann könnten entsprechende Branchentarifverträge für allgemein verbindlich erklärt werden.

Die SPD hatte in den letzten Jahren konsequent jede sich bietende Gelegenheit ergriffen, um die Ausweitung branchenbezogener Mindestlöhne gegen die Union durchzusetzen, musste der Union das aber Branche für Branche abtrotzen.

Weil es aber in einigen Branchen Tarifverträge gibt, „die ihren Namen nicht verdienen“, wie Heil sagte, fordert die SPD-Fraktion gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, branchenbezogene Regelungen durch einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro zu flankieren.

Die Union muss Farbe bekennen

Die Mindestlohn-Rhetorik der CDU-Führung darf kein symbolpolitisches Placebo bleiben. Hubertus Heil zitierte Erich Kästner: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende kündigte an, dass die Sozialdemokraten nach dem CDU-Parteitag einen Antrag zur Einführung einer allgemeinen Lohnuntergrenze im Bundestag vorlegen werden. Über diesen Antrag wird die SPD-Fraktion namentlich abstimmen lassen. Dann muss die Union beweisen, wie ernst es ihr ist.

Heil selbst glaubt nicht daran, dass es mit Schwarz-Gelb in dieser Legislaturperiode zu einem allgemeinen Mindestlohn kommen wird. „Das ist die schlechte Nachricht für die Menschen in Deutschland“, so Heil.

„Wir werden das erledigen,“ kündigte Andrea Nahles für die nächste Wahlperiode an. Das ist die gute Nachricht.

AUSSEN

SPD und Grüne gegen eine Aufweichung des Verbotes von Streumunition

Antipersonenminen und Streumunition sind grausame Waffen. Die weit überwiegende Zahl der Opfer sind Zivilistinnen und Zivilisten, darunter vor allem Kinder. Weil die Minen oftmals nicht sofort explodieren, werden auch noch lange nach dem Abwurf Menschen durch sie getötet oder verstümmelt. Noch heute bedrohen Millionen nicht explodierter Minen und Streumunitionen die Bevölkerung vieler Staaten. Und neue Gefährdungen drohen.

Ein Meilenstein im Kampf gegen Streumunition ist die Convention on Cluster Munitions – kurz CCM genannt. Auf deutsch meint das schlicht die „Konvention gegen Streumunition“. Sie trat im August 2010 inkraft und entwickelt das Humanitäre Völkerrecht bedeutend weiter. Nicht zuletzt durch diese Konvention

kam es zu der weltweiten Ächtung der Einsätze von Streumunition durch libysche und thailändische Truppen. Die CCM bildet demnach Normen, die nicht unterminiert werden dürfen. Deutschland hat sich mit der Ratifikation der CCM dazu verpflichtet, das Verbot des Einsatzes, der Herstellung und Weitergabe von Streumunition konsequent und umfassend umzusetzen. Das ist insofern extrem wichtig, weil noch immer nicht alle Staaten der CCM beigetreten sind.

Neues Protokoll unterwandert alte Standards

Die Mehrzahl der Hersteller- und Besitzerstaaten, darunter die USA, China und Russland gehören nicht zu den Vertragsstaaten. Und nun wollen einige von ihnen auch noch neue Standards setzen, die die CCM-Standards unterlaufen würden, sie quasi konterkarieren. Diese Bemühungen konzentrieren sich auf das VN-Waffenübereinkommen (Convention on Certain Conventional Weapons – CCW), bei dem im November 2011 Entscheidungen über den aktuellen Protokollentwurf VI zu Streumunition anstehen. Dieses Protokoll sieht ein umfassendes Verbot erst für die Streumunition vor, die vor 1980 produziert wurde. Neue Typen dieser Waffe wären damit erlaubt – für einen Zeitraum von zwölf Jahren sogar solche, die über keinen Sicherheitsmechanismus verfügen. Nach dieser Zeit lässt das Protokoll Streumunition mit nur einem Sicherheitsmechanismus zu, obwohl klar ist, dass solche Mechanismen oft nicht funktionieren. Darüberhinaus würden in dem Protokoll deutlich längere Übergangsfristen als bisher gültig festgelegt. Und die Frage der Anzahl der Submunition wird erst gar nicht geregelt.

Es würden also neue völkerrechtliche Standards etabliert, die Streumunition de facto relegitimieren würden. Das widerspräche offenkundig dem Ziel des CCW, Zivilpersonen zu schützen und besonders grausame Verletzungen zu verhindern.

Gemeinsamer Antrag mit den Grünen

Nun argumentieren Befürworter dieses Protokolls, dass sich dem CCW auf diese Weise mehr Staaten anschließen könnten, die große Streumunitionsbestände besitzen. Dabei kann die Quantität der Teilnehmerstaaten doch nicht allein die Qualität einer Norm im Humanitären Völkerrecht bestimmen. Im Gegenteil: Hier würde eine von mehr Staaten durchgesetzte schlechtere Regelung eine von weniger Staaten getragene bessere Regelung verdrängen.

In dem gemeinsamen Antrag mit den Grünen „Gegen eine Aufweichung des Verbotes von Streumunition“ (Drs. 17/7637), eingebracht am 10. November, fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung darum auf, ihr Veto gegen den aktuellen Protokollentwurf VI des VN-Waffenübereinkommens zu Streumunition einzulegen. Sie soll sich außerdem entschieden jedem Abkommen zu Streumunition entgegen stellen, das einen Rückschritt gegenüber der CCM bedeutet. Die Regierung soll sich ganz generell für die Universalisierung des Verbotes von Streumunition durch eben eine Universalisierung der CCM einsetzen. Die Linke brachte am 10. November einen ähnlichen Antrag ein, dem sich die SPD-Fraktion bei der Abstimmung enthalten wird.

Verbot von Investitionen in Streumunition

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte schon im Oktober 2011 in einem interfraktionellen Oppositionsantrag (Drucksache 17/7339) die Bundesregierung dazu aufgefordert, direkte oder indirekte Investitionen und jede Form der Finanzierung von Unternehmen, die solch zynische Minen oder Munition entwickeln oder produzieren, zu verbieten. Firmen, die in Munition und dergleichen investieren, dürfen unter keinen Umständen öffentliche Aufträge bekommen. Damit sollen dann auch staatliche Investitionen und Förderung wie zum Beispiel über Finanzprodukte im Rahmen der Riester-Rente verhindert werden. Als Miteigentümer öffentlich-rechtlicher oder privater Banken soll die Regierung Einfluss nehmen auf deren Geschäftspolitik, dass keine Investitionen in solche Tötungsgeräte getätigt werden. Darüber hinaus fordern die Sozialdemokraten, dass die Regierung sich für ein gleichlautendes Verbot auf europäischer und internationaler Ebene einsetzt.

Das Gegenargument, dass eine Kontrolle des gesamten Anlageuniversums nicht möglich sei, ist unhaltbar. Andernfalls wäre es Finanzdienstleistern nicht möglich, Investitionen in Streumunition vollständig auszuschließen, wie das einige große Fondsgesellschaften in Deutschland immerhin tun.

Deutschland sollte dem Beispiel Belgiens, Luxemburgs, Norwegens und Neuseelands folgen und Investitionen in die Herstellung und Entwicklung von Antipersonenminen und Streumunition generell gesetzlich untersagen. Ein Land, das jährlich erhebliche finanzielle Mittel für die Räumung von Antipersonenminen und Streubomben weltweit zur Verfügung stellt, kann Investitionen in die Produktion dieser Waffen nicht erlauben und darf sie schon gar nicht steuerlich fördern.

ENTWICKLUNG

Menschenrechte in Subsahara-Afrika fördern

In vielen Staaten in Subsahara-Afrika, also in all jenen Ländern Afrikas südlich der Sahara, leben heute über 100 Millionen Menschen in extremer Armut – mehr noch als vor 20 Jahren.

Verschärft wird die Lebenssituation der Menschen dort durch die Tatsache, dass es gerade in diesen Ländern zu häufigen Menschenrechtsverletzungen kommt: Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit sind erheblich eingeschränkt; Regierungskritiker werden willkürlich verhaftet und sind von Folter bedroht, die Haftbedingungen sind katastrophal. Besonders dramatisch ist die menschenrechtliche Situation in den Bürgerkriegsländern Sudan, Somalia und in der Demokratischen Republik Kongo. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in einem Antrag (Drs. 17/7370) die Bundesregierung daher auf, für eine kohärente deutschen Menschenrechtspolitik in der Region zu sorgen.

Afrika-Konzept der Bundesregierung mit deutlichen Schwächen

Die Achtung der Menschenrechte und eine demokratische Staatsführung sind aus Sicht der SPD-Fraktion der Schlüssel zu nachhaltiger Entwicklung. Sowohl die SPD-Fraktion als auch die Bundesregierung haben dieses Jahr jeweils ihre Afrika-Konzepte vorgestellt. Darin spielen in beiden Ideen die Menschenrechte als Grundlage politischen Handelns und als Querschnittsaufgabe eine wesentliche Rolle. Jedoch fehlt es an einer kohärenten deutschen Menschenrechtspolitik der Bundesregierung für die Region, die bilaterale und multilaterale Maßnahmen zusammen führt.

Und wie schon so oft in der aktuellen Entwicklungspolitik des Ministers Dirk Niebel (FDP), legt auch das Afrika-Konzept der Bundesregierung einmal mehr einen Schwerpunkt auf deutsche Wirtschaftsinteressen.

Die Forderungen der SPD

In dem Antrag fordert die SPD die Bundesregierung daher auf, eine einheitliche Menschenrechtspolitik zu entwickeln. In Subsahara-Afrika sollen von Deutschland, der EU und internationalen Organisationen vorrangig menschenrechtliche Ziele verfolgt werden. Die Bundesregierung soll sich für die Unterzeichnung und Einhaltung internationaler Abkommen und die Umsetzung von Länderstrategien einsetzen. Menschenrechtsverletzungen müssen wirksam von internationalen Organisationen verfolgt werden. Menschenrechtsverteidiger und zivilgesellschaftliche Akteure sollen geschützt und gefördert werden. Deutschland soll sowohl für die Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs werben, als auch den Afrikanischen Gerichtshof für Menschenrechte unterstützen. Auch die menschenrechtliche Verantwortung deutscher Unternehmen muss gefördert werden. Schließlich soll Deutschland sich weiter an der Bewältigung der Notsituation am Horn von Afrika beteiligen.

EUROPA

Bürgerbeteiligung auf EU-Ebene kommt

Viele Menschen in Deutschland und den anderen EU-Mitgliedstaaten haben den Eindruck, dass auf EU-Ebene anonyme Zirkel und Mächte über ihre Köpfe hinweg über ihre Zukunft und die ihrer Kinder entscheiden. Die aktuelle Finanzkrise bestärkt diese Sichtweise noch. Deshalb stellt die Einführung einer Europäischen Bürgerinitiative eine enorme Chance dar. Sie kann den Menschen die Möglichkeit geben, Euro-

papolitik nicht ausgeliefert zu sein, sondern diese aktiv mitgestalten zu können. So können die Bürgerinnen und Bürger eine Abstimmung über die Einführung der Finanztransaktionssteuer herbeiführen, wenn die Regierungen Europas es nicht schaffen, die Steuer in Europa durchzusetzen.

Bürgerwille und Protest sind bereits jetzt ein wichtiges Korrektiv zu politischen Entscheidungen. Es ist dem stetigen Beharren vieler engagierter Menschen zu verdanken, dass die Bundesregierung in ihrer Energiepolitik nach Fukushima eine Kehrtwende vollzogen und die erst 2010 beschlossenen Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken zurückgenommen hat.

Wer den Bürger in Europa aber lediglich auf die Straße als Artikulationsmöglichkeit verweist, wird ihn auf Dauer gegen die europäische Idee mobilisieren und nicht für sie gewinnen. Will die EU, dass sich ihre Bürger mit Europa identifizieren, so muss sie ihnen jenseits der sehr indirekten Strukturen von Rats-, Kommissions- und Parlamentsentscheidungen direktere demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten eröffnen.

Deshalb hat sich die SPD-Bundestagsfraktion von Anfang an für die Europäische Bürgerinitiative ausgesprochen und den Prozess begleitet. Dabei konnten deutliche Erfolge erzielt werden. So wurde die notwendige Unterstützeranzahl einer solchen Initiative von 160.000 Bürgerinnen und Bürgern auf 72.000 reduziert.

Die Mindestanzahl der Mitgliedstaaten, aus denen die Unterstützer kommen müssen, wurde von neun auf sieben gesenkt. Das ist erfreulich, denn Bürgerinnen und Bürger aus einem Viertel der Mitgliedstaaten können bereits sicherstellen, dass es um Fragen von europaweitem und nicht nur nationalem Interesse geht.

Bedauerlich ist, dass der Zeitraum für die Sammlung von Unterstützungsbekundungen nicht von zwölf Monaten auf achtzehn Monate erhöht wurde. Die SPD-Fraktion verwies von Beginn an darauf, dass es einen enorm hohen Aufwand bedeutet, Menschen aus so vielen EU-Mitgliedstaaten miteinander zu vernetzen und dass dies angemessen bei der Zeitraumbestimmung berücksichtigt werden sollte. Trotz allem ist es jetzt dringend geboten, die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung in Europa zügig Realität werden zu lassen.

Die EU-Verordnung zur Europäischen Bürgerinitiative soll im April 2012 in Kraft treten. Bis dahin müssen die nationalen Regelungen angepasst werden. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt es, dass die Bundesregierung die notwendigen Maßnahmen, einen Gesetzentwurf zur Durchführung der EU-Verordnung vorzulegen, ausnahmsweise frühzeitig ergriffen hat. Er wurde in 1. Lesung am 10. November im Bundestag beraten.

Wenn die Regierungen Europas es zum Beispiel nicht schaffen, eine Finanztransaktionssteuer in Europa durchzusetzen, dann werden mit der Europäischen Bürgerinitiative künftig die Bürgerinnen und Bürger Europas dazu die Gelegenheit haben.

FINANZEN

Debatte zur Finanzmarktregulierung – Steinbrück: „FDP hat Deregulierung zum Exzess gemacht“

Lange haben sie nur laviert, nun endlich wollen die Fraktionen von CDU/CSU und der FDP die Finanzmärkte effektiver regulieren, wie es in ihrem Antrag heißt, der am 11. November zur Abstimmung stand. Doch letztlich steht darin nichts außer wohlklingenden Ankündigungen. Nicht zuletzt aus diesem Grund hat die SPD-Fraktion ebenfalls am 11. November einen Antrag ins Parlament eingebracht.

„Neuer Anlauf zur Finanzmarktregulierung erforderlich“ (Drs. 17/7641) lautet der Titel. Darin kritisiert die Fraktion vor allem, dass nach den Forderungen des G20-Gipfels im November 2008, wonach kein Produkt, kein Akteur und kein Markt unreguliert bleiben darf, kaum etwas geschehen ist. Steuerzahler haften auch weiterhin für die hochriskanten Geschäfte von Banken und Spekulanten. Vorschläge des damaligen Bundesfinanzministers Peer Steinbrück wurden von der FDP stets abgelehnt, Steinbrück konnte viele Forderungen in der damaligen Großen Koalition mit der Union nicht durchsetzen.

Doch seitdem Schwarz-Gelb regiert, ist kaum noch etwas passiert. Die Bundesregierung, heißt es in dem Antrag, hat es als viertgrößte Macht der Welt versäumt, die Verabredungen voranzutreiben und die Initiative zu ergreifen. In der Debatte über den Antrag der Regierungsfractionen und über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses über diesen Antrag sagte Peer Steinbrück, dass es die rot-grüne Bundesregierung war, die auf dem G20-Treffen 2004 in Gleneagles auf mehr Regulierung gedrungen habe und dafür von der Weltmehrheit belächelt worden sei. „Ja, auch wir haben uns damals von den Märkten erpressen lassen und uns zu früh gebeugt, es hat aber einen Lerneffekt gegeben“, konzedierte Steinbrück. Doch im Gegensatz zur Koalition habe seine Partei immer für Finanz-Regulierung gestanden. „Wir dürfen uns nicht von Märkten oder Ratingagenturen erpressen lassen“. Die FDP sei es dagegen stets gewesen, die jede Form von Regulierung verweigert habe. „Alles, was ich an Maßnahmen getroffen habe, haben Sie abgelehnt. Sie haben die Monstranz der Deregulierung zum Exzess gemacht“, sagte Steinbrück. „Ihnen war alles immer zuviel Regulierung!“ Dass sich nun ausgerechnet die Liberalen hinstellten und über Regeln schwadronierten, sei eine „politische Unverschämtheit“.

Transparente Handelsplattformen gefordert

Die Gestaltungsmacht zurückzugewinnen, sei für die Politik weltweit die wichtigste Aufgabe. Denn jede Maßnahme schaffe Gegenbewegungen. Und so sei es zu der Bewegung Occupy gekommen. Und die Unruhe unter den Menschen wachse. „In dieser Krise geht es um mehr als um Geld, es geht um Vertrauen in die Demokratie“, sagte Steinbrück.

Es müsse Schluss sein für die Banken mit dem Rohstoffhandel, Geschäfts- und Investmentbanken müssten getrennt werden, und der Handel mit Derivaten und Rohstoffen dürfe nur noch auf transparenten Handelsplattformen stattfinden.

So steht es auch in dem Antrag der SPD-Fraktion. Weiter heißt es dort, dass etwa die Eigenkapitalquote von Finanzinstituten gesteigert werden muss in Kombination mit einer Verschuldungsbegrenzung.

- Es muss außerdem ein wirksamer, europäischer Rekapitalisierungsmechanismus per Gesetz auf den Weg gebracht werden.
- Es bedarf eines Ausschüttungsverbotes von Dividenden auf zukünftige Gewinne zugunsten einer Verbesserung der Eigenkapitalbasis.
- Der Schattenbanksektor (Fonds) muss umfassend reguliert, ein Transparenzregime eingerichtet werden.
- Eine europäische Bankenaufsicht muss installiert werden.
- Eine Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage muss eingeführt werden.

Zu dieser Umsatzsteuer auf Finanzprodukte sagte Steinbrück, dass sie auch dann eingeführt werden müsse, wenn England sich in Europa verweigere. „Dann“, so Steinbrück, „muss das eben im Nahbereich der Eurozone geschehen“.

Der Finanzpolitiker Carsten Sieling erinnerte in seinem Redebeitrag daran, dass es in Deutschland nur deshalb so wenige Hedge Fonds (rund zehn) gebe, weil sie unter Hans Eichel und Peer Steinbrück streng reguliert wurden. Mehr war unter den damaligen politischen Verhältnissen nicht möglich. Sieling stellte zudem klar, dass es Peer Steinbrück als Finanzminister war, der im September 2008 zum Beispiel die Leer-

verkäufe verbat. Das Verbot lief bis Ende Januar 2010. Dann hob Schwarz-Gelb es auf. Und erst unter dem Eindruck der Griechenland-Pleite goss die Koalition das Verbot später in ein Gesetz.

Und wenn es nun der Koalition darum gehe, Finanzmärkte zu regulieren, dann, so Sieling, sei es nicht verständlich, warum Schwarz-Gelb zuvor lauter Finanzmensen wie Josef Ackermann zu Gesprächen eingeladen habe. Sieling: „Sie haben die Frösche eingeladen, mit Ihnen zu beraten, wie man den Sumpf trocken legt“.

Die SPD hat den Koalitionsantrag am 11. November abgelehnt, die Koalitionsmehrheit wiederum hat den Antrag der SPD abgelehnt. Die Grünen haben ihm dagegen zugestimmt.

GESUNDHEIT

Glücksspielsucht bekämpfen

Die SPD-Bundestagsfraktion will das staatliche Glücksspielmonopol erhalten und die Suchtprävention deutlich ausbauen. Mit ihrem Antrag (Drs. 17/6338) fordern die Sozialdemokraten die Bundesregierung auf, endlich in ihrem Kompetenzbereich – das sind vor allem die Geldspielautomaten – Spieler aktiv zu schützen. Sie soll zudem auf die Länder einwirken und keine Erweiterung des Glücksspielmarktes zulassen. Gemeinsam mit den Ländern soll ein abgestimmtes System zur Suchtprävention in allen Glücksspielbereichen geschaffen werden. Das hat Europäische Gerichtshof als Grundlage für den Erhalt des Glücksspielmonopols gefordert.

Glücksspielsucht hat verheerende Folgen

Glücksspiel im Suchtstadium ist gekennzeichnet durch Kontrollverlust, exzessives Spielen und Geldbeschaffung, Persönlichkeitsveränderung, Straftaten, Schuldgefühle und sozialen Abstieg – oft auch für die Familie der Betroffenen. Laut dem Endbericht zum Projekt „Pathologisches Glücksspielen und Epidemiologie“ (PAGE) gibt es in Deutschland hochgerechnet rund 500.000 pathologische Glücksspieler und rund 800.000 problematische Spieler.

Maßnahmen zur Suchtprävention im Bereich der Geldspielautomaten

Die SPD-Bundestagsfraktion will das Spiel an Geldspielautomaten entschärfen und entschleunigen. Die möglichen Maximalgewinne und -verluste pro Automat und Stunde sollen deutlich sinken. Suchtfördernde Funktionen wie das Punktespiel und Autostarttasten sollen verboten werden. Die verpflichtende Information über reale Gewinnchancen soll Transparenz schaffen.

Geldspielautomaten sollen wieder stärker Unterhaltungsgeräte werden. Den Kommunen soll durch eine Änderung der Baunutzungsverordnung eine wirksame städteplanerische Einflussnahme auf die Standorte von Spielhallen ermöglicht werden. Die Prävention von Glücksspielsucht will die SPD durch ein mehrstufiges Frühwarnsystem stärken. Dieses soll die Betreiber mit in die Verantwortung nehmen und abgestufte Spielerschutzmaßnahmen von der Spielerinformation bis zur Spielersperre beinhalten. Das bestehende Sperrsystem der Länder mit den Möglichkeiten der Selbst- und Fremdsperre für Süchtige soll um den Bereich der Geldspielautomaten erweitert werden. Grundlage für das Frühwarnsystem soll ein verpflichtendes Identifikationssystem für Geldspielautomaten sein, das auch die Einhaltung des Jugendschutzes verbessert. Ein neuer, bei der Drogenbeauftragten der Bundesregierung angesiedelter Beirat soll dieses Identifikationssystem entwickeln und dabei das Modell der laufend nummerierten Spielkarte prüfen.

Freiwillige Selbstverpflichtungen und Chipkarte lehnt SPD ab

Scheinlösungen wie freiwillige Selbstverpflichtungen oder eine Chipkarte lehnt die SPD ab. Eine Chipkarte würde mit der suchtverschärfenden Geldkartenfunktion und der Möglichkeit des „Player-Trackings“, also dem Ausspionieren der Spieler als Grundlage für suchtverschärfende Spielmanipulationen die Probleme sogar noch vergrößern.

SPD-Fraktion fordert die doppelte Staatsangehörigkeit – Optionsmodell abschaffen

Am 30. Oktober 2011 jährte sich die Unterzeichnung des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens zum fünfzigsten Mal. Das nimmt die SPD-Fraktion zum Anlass, ein Signal an alle in Deutschland lebenden Migranten zu senden: Mehrfache bzw. doppelte Staatsbürgerschaft soll ermöglicht und Einbürgerungen sollen erleichtert werden. Viele der damals als Arbeitskräfte angeworbenen Migranten sind hier geblieben, sind Teil der deutschen Gesellschaft geworden und haben die deutsche Kultur, die Politik und den Alltag in diesem Land mitgeprägt. Der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands ist auch deren Erfolg. Dem wollen die Sozialdemokraten Rechnung tragen.

Seit mehr als zehn Jahren besteht in Deutschland ein so genanntes Optionsmodell: Wird ein Kind hier geboren und hält sich eines seiner Elternteile als Inhaber eines unbefristeten Aufenthaltsrechtes seit acht Jahren in Deutschland auf, erwirbt das Kind die deutsche Staatsangehörigkeit neben derjenigen der Eltern. Doch mit 18 Jahren muss es sich zwischen der deutschen und der durch Abstammung erworbenen Zugehörigkeit entscheiden. Hat das Kind sich bis zum 23. Lebensjahr nicht entschieden, geht die deutsche Staatsangehörigkeit verloren. Diese Regelung, die von Rot-Grün 1999 als Kompromiss im Vermittlungsausschuss zwischen den Lagern eingeführt worden war und etliche Ausnahmen besitzt, wirft gravierende integrationspolitische und verwaltungspraktische Probleme auf. Außerdem wirkt sie integrationshemmend. Viele Jugendliche werden in Wahrheit aus der deutschen Staatsbürgerschaft herausgedrängt. Und das, obwohl die meisten der betroffenen Personen, unabhängig davon, welche Staatsbürgerschaft sie wählen, in Deutschland verwurzelt sind.

Loyalitätskonflikte

Vor allem: Was ist mit denen, die sich nicht entscheiden können, die einen Identitätskonflikt mit sich tragen, die nicht wissen, wohin sie gehören, sich verloren fühlen. Dieser Tatsache kann sich eine moderne Gesellschaft nach Ansicht der SPD rechtlich nicht verweigern. Die Lösung: Das Optionsmodell wird zugunsten eines konsequenten Bekenntnisses zur doppelten oder mehrfachen Staatsbürgerschaft hier geborener Kinder ausländischer Eltern abgeschafft. So steht es in einem „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts (Drs. 17/773), den die SPD-Fraktion bereits im Februar 2010 in den Bundestag eingebracht hatte und der am 10. November in 2. und 3. Lesung im Plenum beraten wurde. Die Integrationsbeauftragte der SPD-Fraktion, Aydan Özoguz, sagte in der Debatte: „Wir haben im Jahre 1999 das Staatsangehörigkeitsrecht von 1913 reformiert.“ Und nun müsse zur Kenntnis genommen werden, dass das Optionsmodell „unzeitgemäß und lebensfern“ sei. Es sei an der Zeit, dass sich auch die schwarz-gelbe Koalition zu einer solidarischen Gesellschaft bekenne. Absurd sei es, Kinder der zweiten und dritten Generation, die hier geboren werden, als Ausländer zu bezeichnen. In Richtung Regierung fragte Özoguz: „Wo sehen Sie eigentlich das Ende der Integration?“

Wichtig sei es, auch bei Einbürgerungen die alte Staatsangehörigkeit behalten zu dürfen. „Wir wollen die doppelte Staatsbürgerschaft auch bei der Einbürgerung ermöglichen“, sagte Özoguz. So steht es auch in einem aktuellen Antrag der SPD-Fraktion (Drs. 17/7654), in dem die Regierung zudem aufgefordert wird, die Einbürgerungsvoraussetzungen zu erleichtern. Das soll vor allem für eine Absenkung der Voraufenthaltszeiten gelten, für Verbesserungen für Personen, die besondere Integrationsleistungen erbracht haben, für Lebenspartner Eingebürgerter und für die Anrechnung von Duldungszeiten.

Es geht, betonte Aydan Özoguz in ihrer Rede, nicht darum, das Abstammungsrecht abzuschaffen, Es geht darum, vor allem junge Menschen mit allen Rechten und Pflichten in die Gesellschaft aufzunehmen, ein Gefühl von Willkommenheit und Heimat zu vermitteln. Außerdem, so Özoguz, sei das Optionsmodell ein bürokratischer „Wahnsinn“, und werde deutschen Interessen nicht wirklich gerecht.

Unser Erfolg ist der Erfolg der Gastarbeiter

Frank-Walter Steinmeier sagte in seinem Debattenbeitrag, dass man durchaus über die doppelte Staatsangehörigkeit streiten könne, es aber auch mit der Regierung Gemeinsamkeiten gebe: Die habe bei der

50-Jahr-Feier des Anwerbeabkommens noch geschmeichelt, Gastarbeiter seien willkommen gewesen. Das sei es aber auch gewesen. Steinmeier: „Diese Menschen haben hier malocht, unter Tage, im Dreck und an den Hochöfen. Sie sind Teil des deutschen Wirtschaftswunders. Unser Erfolg ist deren Erfolg.“ Ins Plenum fragte er, was Arbeitsmigration in einer Gesellschaft verändere? Es sei zu lange gedacht worden, das seien Gäste, ein provisorisches Recht reiche aus. Heute würden alle sagen, in der Integration sei Deutschland noch nicht weit genug – darum sei es Zeit, das nun nachgeholt werde, „was wir den Zuwanderern schuldig geblieben sind. Wir sind es auch uns selbst schuldig geblieben“.

Wenn eine Gesellschaft feststelle, das ein bestehendes Angebot, hier also das Optionsmodell, nicht genügend angenommen werde, weil sich viele eben als In- und Ausländer zugleich fühlten, dann müsse die Politik sich neu positionieren.

Koalition lehnt Entwurf ab

Auf die SPD-Vorlage entfielen in namentlicher Abstimmung am 10. November 278 von 587 abgegebenen Stimmen, 308 Abgeordnete votierten dagegen, einer enthielt sich. Damit fand der SPD-Gesetzentwurf – wie auch die beiden anderen Oppositionsinitiativen von Linken und Grünen – keine Mehrheit.

KOALITIONSBESCHLÜSSE

Warum die SPD-Fraktion die Vorhaben von Schwarz-Gelb ablehnt

Die Koalitionsbeschlüsse offenbaren, dass sich die Regierungsfractionen ungebrochen im schwarz-gelben Elend befinden und das Chaos in den eigenen Reihen nicht stoppen können. Die Steuerbeschlüsse sind schlichtweg Betrug, das Betreuungsgeld richtet immensen Schaden an, und das fehlende Bekenntnis zum gesetzlichen Mindestlohn zeigt, wie zerstritten die Koalition tatsächlich ist. Das sind die Argumente der SPD-Fraktion, weshalb sie die Beschlüsse ablehnt:

1. Steuerpolitik: Steuersenkungen auf Pump zugunsten höherer Einkommen

Die schwarz-gelbe Koalition hat beschlossen, die Einkommensteuer in zwei Schritten zu senken: In dieser Legislaturperiode zum 1. Januar 2013 um 2 Mrd. Euro. Für die Zeit nach den nächsten Bundestagswahlen sollen zum 1. Januar 2014 dann weitere 4 Mrd. Euro folgen.

Die bisherigen Informationen sind lückenhaft. Es wurde aber bekannt, dass die Einkommensteuersenkung durch Anhebungen des Grundfreibetrages und Tarifverschiebungen, bei denen die bisherigen Steuersätze erst für ein höheres Einkommen gelten, erfolgen soll. 2013 soll der Grundfreibetrag um 110 Euro angehoben und eine Tarifverschiebung um 1,4 Prozent vorgenommen werden. 2014 soll der Grundfreibetrag dann um weitere 240 Euro und der Tarif um 3 Prozent verschoben werden. Außerdem sollen auch künftig bei verfassungsrechtlich gebotenen Anpassungen des Grundfreibetrages an das steuerlich zu verschonende Existenzminimum Tarifverschiebungen vorgenommen werden. Um eine Ländermehrheit im Bundesrat für die Steuersenkungen zu gewinnen, soll der Bund zwei Drittel der Ausfälle finanzieren und damit im Vergleich zu der ansonsten geltenden Verteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden größere Mindereinnahmen tragen.

Täuschung und Verschleierung der eigentlichen Absichten

Schwarz-Gelb will mit der verkürzten Begründung für die Steuersenkungen von der eigentlichen Absicht ablenken, die Koalition zu befrieden. Nach Aussagen der Koalition sollen durch die Einkommensteuersenkung inflationsbedingte Steuerermehreinnahmen an die Bürgerinnen und Bürger „zurückgegeben“ werden. Bei der Inflation handelt es sich um einen Kaufkraftverlust, der allein zu keiner höheren Besteuerung führt. Es ist erst das Zusammenspiel von Lohnerhöhungen, Inflation und progressivem Steuertarif, das zu einer höheren Belastung der Steuerpflichtigen führen kann. Wenn es Schwarz-Gelb ernst wäre mit der Entlastungsabsicht, dann müssten vor allem Bezieher geringer Einkommen begünstigt werden, die von Kauf-

kraftverlusten besonders hart betroffen sind. Von der schwarz-gelben Steuersenkung werden aber vor allem Bezieher hoher Einkommen profitieren.

Grundfreibetrag muss ohnehin angepasst werden

Ein Teil der verkündeten „Entlastung“ ist verfassungsrechtlich geboten. Hier hat die Koalition eine Selbstverständlichkeit zum Erfolg aufgeblasen. Die Anpassung des Grundfreibetrages an das steuerlich zu verschonende Existenzminimum wäre spätestens im Jahr 2014 ohnehin erforderlich.

Falsche Erwartungen

Mit der Ankündigung einer Einkommensteuersenkung weckt Schwarz-Gelb bei den Bürgerinnen und Bürgern falsche Erwartungen. Trotz des Volumens von 2 Mrd. Euro 2013 wird beim Einzelnen nur wenig ankommen. Erste Annahmen und Berechnungen des Bundes der Steuerzahler gehen davon aus, dass ein Geringverdiener mit einem zu versteuernden Einkommen von 9000 Euro im Jahr insgesamt 17 Euro, also 1,41 Euro monatlich spart. Bei einem Durchschnittseinkommen von 30.000 Euro sind es 4,40 Euro, bei einem Einkommen von 54.000 Euro sind es 9,66 Euro. Schwarz-Geld verteilt das Geld mit der Gießkanne auf alle Einkommensgruppen, wobei die Spitzenverdiener noch die dicksten Tropfen abbekommen.

Begünstigung von Beziehern höherer Einkommen

Die geplanten Steuersenkungen begünstigen die Bezieher höherer Einkommen. Bei einem Alleinstehenden (Lohnsteuerklasse I) mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 15.000 Euro beträgt die Entlastung nach der zweiten Stufe 2014 im Jahr 101 Euro. Demgegenüber erhält ein Steuerpflichtiger (ebenfalls Lohnsteuerklasse I) mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 56.000 Euro laut Experten eine mehr als dreimal so hohe Entlastung von 364 Euro jährlich. Die geplanten Steuersenkungen führen bei Geringverdienern zu keiner nennenswerten Entlastung. Das ist auch eine Folge der rot-grünen Steuerreform mit ihren mehrfachen und noch heute wirksamen Tarifsenkungen, von denen Bezieher kleinerer Einkommen profitiert haben. Bei Beziehern niedriger und mittlerer Einkommen spielt heute die Belastung mit Sozialbeiträgen eine wesentlich größere Rolle als die Steuern. Eine Absenkung der Sozialbeiträge brächte Gering- und Mittelverdienern somit eine größere Entlastung als eine Tarifsenkung bei der Einkommensteuer.

Finanzierung auf Pump

Die Steuermindereinnahmen werden die bereits vorgesehene Neuverschuldung weiter erhöhen und widersprechen damit den Bekenntnissen von Schwarz-Gelb zur Haushaltskonsolidierung. Auch die Steuerschätzung rechtfertigt keine Steuersenkungen. Die prognostizierten Steuerzuwächse sind größtenteils auf die bislang gute Konjunktur zurück zu führen. Gemäß den Vorgaben der Schuldenbremse müssen sie zur Reduzierung des konjunkturell bedingten Teils des Haushaltsdefizits verwandt werden und eröffnen deshalb keine Spielräume für dauerhafte Steuersenkungen. Der drohende Wachstumseinbruch birgt überdies erhebliche Ungewissheiten. Bei einer Abkühlung der Wirtschaftsentwicklung kehrt sich die Steuerprognose schnell um, und es muss mit geringeren Steuereinnahmen gerechnet werden. Die Steuersenkungen von Schwarz-Gelb sind deshalb ein echtes Risiko für die öffentlichen Haushalte.

Die Steuerausfälle mindern die Spielräume von Bund und Ländern, Zukunftsinvestitionen zu leisten. Damit wird die Basis für Wachstum und Wohlstand in den kommenden Jahren geschwächt.

2. „Betreuungsgeld“: Ein irrsinniger Fehlanreiz

Die Koalition hat beschlossen: Ab dem Jahr 2013 soll ein so genanntes „Betreuungsgeld“ im zweiten Lebensjahr eines Kindes in Höhe von 100 Euro gezahlt werden. Für die nächste Legislaturperiode werden ab 2014 150 Euro im zweiten und dritten Lebensjahr des Kindes versprochen. Die Kosten dafür werden 2 Mrd. Euro für den Bundeshaushalt betragen.

Kinder werden von Bildung ausgeschlossen

Zum Betreuungsgeld ist seit Jahren alles gesagt: Als Fernhalte-Prämie ist es ein bildungspolitischer Rückschlag, weil es einen Anreiz für Eltern setzt, Kinder von früher Förderung in Kitas abzuhalten. Das Betreuungsgeld ist ein integrationspolitischer Kardinalfehler, weil es Kinder aus Einwandererfamilien von früher Sprachförderung und Eingliederung fernhält. Das Betreuungsgeld ist ein gleichstellungspolitischer

Holzweg, weil es gegen eine frühe Rückkehr von Frauen in den Beruf gerichtet ist. Das Betreuungsgeld verschwendet Milliarden von Steuergeldern, die für den vor sich hin dümpelnden Kitausbau fehlen. Für die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz ab dem Jahr 2013 fehlen noch 233.000 Plätze. Mit den 2 Mrd. Euro, die der Bund für das „Betreuungsgeld“ ausgeben muss, könnten mehr als 55.000 zusätzliche Kitaplätze gebaut werden.

Prämie für die Nichtinanspruchnahme öffentlicher Infrastruktur

Das Betreuungsgeld ist verfassungsrechtlich höchst fragwürdig, weil es dem Gleichstellungsgebot des Grundgesetzes zuwider läuft und den Tabubruch vollzieht, für die Nichtinanspruchnahme öffentlicher Infrastruktur eine Kompensation zu zahlen. Auch deshalb ist es politischer Irrsinn. Es dient lediglich der Befriedung der konservativen bayerischen Wählerklientel. Es ist unvereinbar mit einer dringend erforderlichen zukunftsgerichteten Politik für bessere Bildungschancen, für bessere Integration, für die Gleichberechtigung von Frauen im Erwerbsleben und bei sozialer Sicherung, für mehr Fachkräfte.

3. Pflege: Reform abgesagt, Finanzierung nicht tragfähig

Die Ankündigungen einer Pflegereform aus dem Koalitionsvertrag sind mit dem Beschluss der Koalition ad acta gelegt worden. Eine wirkliche Pflegereform wird es mit Schwarz-Gelb nicht geben. Schwarz-Gelb kapituliert vor den demographischen Herausforderungen und setzt die Klientelpolitik zu Gunsten der privaten Versicherungswirtschaft fort.

Leistungen für Demenzerkrankte offen

Nach Beschluss der Koalition steht bei den Leistungen für Demenzerkrankte nur der Finanzrahmen von 1,1 Mrd. Euro fest. Die Koalitionsfraktionen treffen sich wahrscheinlich in dieser Woche, um ein Eckpunktepapier zu entwickeln. Ein Referentenentwurf soll bis Dezember erarbeitet sein. Die erhöhten Leistungen könnte es ab Mitte 2012 geben. Wie die Leistungsverbesserungen genau aussehen, ist noch nicht klar. Spekuliert wird, dass man die Leistungen für niedrigschwellige Betreuungsangebote erhöht oder aber auch den jetzigen Leistungskatalog flexibler ausgestaltet. Dann könnten Pflegedienste nicht nur die klassischen Pflegeleistungen (z. B. Morgen-, Abendtoilette) anbieten, sondern auch Betreuung (z. B. spazieren gehen, vorlesen).

Keine nachhaltige Finanzierung

Die geplante Beitragssatzsteigerung von 0,1 Beitragssatzpunkten zum 1. Januar 2013 dient ausschließlich der Finanzierung der zusätzlichen Ausgaben. Eine nachhaltige Finanzierung ist nicht erkennbar. Denn der bisherige Beitragssatz wird voraussichtlich nur bis zum Jahr 2014 ausreichen, um die Leistungen – auch die in der Großen Koalition beschlossene Dynamisierung der gegenwärtigen Leistungen – zu finanzieren. Eine weitere Beitragssatzanhebung ist also unausweichlich.

Währenddessen hat sich die Koalition vom Ziel verabschiedet, einen Kapitalstock für die Pflege aufzubauen. Das ist zu begrüßen. Zur Gesichtswahrung der FDP ist aber eine staatliche Förderung für eine freiwillige private Vorsorge vereinbart worden, deren Kosten nicht näher beziffert sind. Wahrscheinlich liegen sie im Milliardenbereich, ohne dass diejenigen, die auf zusätzliche Absicherung angewiesen sind, davon profitieren werden. Die einzigen Profiteure sind die privaten Versicherungsunternehmen.

Kein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff

In dieser Wahlperiode wird es voraussichtlich keine weitere Pflegereform geben. Die Koalition spielt zu Lasten der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen auf Zeit. Die Einführung eines neuen Pflegebegriffs ist mit der erneuten Beauftragung des Pflegebeirates vertagt worden. Damit wird die politische Verantwortung für die Untätigkeit der Regierung auf den Pflegebeirat verschoben.

4. Verkehrsinvestitionen: Ramsauers Tropfen auf den heißen Stein

Die Koalition hat als politische Vorgabe einmalig 1 Mrd. Euro zusätzlich für den Verkehrsetat beschlossen. Bundesverkehrsminister Ramsauer (CSU) hat aber selbst von jährlich bis zu 4 Mrd. Euro zusätzlichem Investitionsbedarf für die Verkehrsinfrastruktur gesprochen. Besonders in die Sanierung von Brücken, in den

Lärmschutz und in die Engpassbeseitigung muss investiert werden. Das geht jedoch nicht mit einmaligen Mitteln, sondern nur mit verstetigten. Unklar ist, ob die Mittel nicht sogar bis Ende 2012 verbaut und abgerechnet sein müssen, möglicherweise könnte die Fertigstellung, wie beim Konjunkturprogramm noch bis ins Folgejahr, also 2013, gezogen werden. Realistisch können also nur Projekte angefangen werden, für die bereits Baurecht besteht. Die meisten planfestgestellten Projekte haben Bayern und Baden-Württemberg in der Schublade. Gleichzeitig geistert noch immer die Diskussion um die PKW-Maut herum. Angeblich soll im Februar 2012 über verschiedene Modelle diskutiert werden. Ramsauers Parlamentarischer Staatssekretär Jan Mücke (FDP) hat im Oktober in der Aktuellen Stunde erklärt, eine PKW-Maut würde es in dieser Legislaturperiode nicht geben. Die CSU lässt aber nicht locker. 3 Mrd. Euro sollen die Autofahrer zahlen, weil das Geld für Infrastruktur fehlt.

SPORT

Sport braucht konsequente Unterstützung – Kampf gegen Rechtsextremismus

Sport kann Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenführen und Werte wie Toleranz und gegenseitigen Respekt vermitteln. Er ist jedoch auch das Spiegelbild einer Gesellschaft, in deren Mitte rassistische, antisemitische oder homophobe Vorurteile erschreckend weit verbreitet sind.

Seit fast dreißig Jahren wird beobachtet, dass Rechtsextremisten gezielt versuchen, das Stadion als Propagandabühne zu missbrauchen und über Sportvereine Nachwuchs für ihre Szene zu ködern. Diesen Tendenzen müssen die Politik und der organisierte Sport gemeinsam und entschlossen entgegenwirken. Es gilt, Sportlerinnen und Sportler, Fans und Funktionäre gleichermaßen für das Thema zu sensibilisieren, Aufklärungsarbeit zu leisten und bestehende Probleme öffentlich zu machen.

In der vergangenen Wahlperiode hat die SPD-Fraktion das Thema erfolgreich auf die Tagesordnung des Sportausschusses gebracht. Insofern ist es zu begrüßen, dass im Frühjahr auch die Bundesregierung das Thema für sich entdeckt hat. Allerdings steht zu befürchten, dass es Schwarz-Gelb bei wohlklingenden Absichtsbekundungen belässt, statt mit der konkreten Unterstützung der Vereine ernst zu machen. Auch wenn rechtsextreme Parolen aus den Stadien der oberen Ligen weitgehend verschwunden sind, bleibt die menschenverachtende Ideologie in den Köpfen gefährlich. Gerade kleinere Vereine tun sich schwer, die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen für zusätzliche Präventionsarbeit aufzubringen.

Im Fußballumfeld hat sich Fanarbeit als Ansatz im Kampf gegen rechtsextremes Denken auf dem Platz und auf den Rängen bewährt. Die Koordinierungsstelle Fanprojekte hat hier in den vergangenen Jahren hervorragende Arbeit geleistet. Es wäre eine unglaubliche Dreistigkeit, wenn die Bundesregierung nun mit dem Gedanken spielt, dieser Fanarbeit die Mittel zu entziehen, während sie sich öffentlichkeitswirksam als Partner des Sports zu inszenieren sucht.

Mit dem Antrag „Rechtsextremistische Einstellungen im Sport konsequent bekämpfen – Toleranz und Demokratie nachhaltig fördern“ (Drs. 17/5045) nimmt die SPD die Bundesregierung in die Pflicht, das Problemfeld Sport und Rechtsextremismus umfassend aufzuarbeiten, bestehende Präventionskonzepte schnell und konsequent umzusetzen und dem Sport auf allen Ebenen die notwendige Unterstützung im Kampf gegen menschenfeindliche Ideologien zu sichern.

UMWELT

Klimadiplomatie stärken

Gut zwei Wochen vor Beginn der UN-Klimakonferenz in Durban, Südafrika, debattierte der Bundestag am 11. November 2011 die Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion „Klimadiplomatie der Bundesrepublik Deutschland“ (Drs. 17/4705).

Nach der enttäuschenden Vertragsstaatenkonferenz in Kopenhagen 2009 haben sich Bündnisse und Allianzen gebildet, die nun die Klimaverhandlungen maßgeblich mitbestimmen (BASIC-Staaten, also Brasilien, China, Südafrika und Indien). Nun bedarf es Maßnahmen, die diese Staaten bei ihrer Entwicklung hin zu einem CO₂-armen Wirtschaftssystem begleiten. Nach der Vereinbarung von Cancún 2010 müssen die Verhandlungserfolge und die Dynamik genutzt werden, um dieses Jahr in Südafrika ein weltweites Abkommen zur Bekämpfung des Klimawandels zu verabschieden. Damit soll rechtsverbindlich für die Zeit nach 2012 vereinbart werden, dass der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf 2 Grad Celsius gegenüber vorindustriellem Niveau begrenzt wird.

Die Weltgemeinschaft braucht in naher Zukunft ein Abkommen unter dem Dach der Vereinten Nationen. Statt die Ansprüche für ein solches Abkommen abzuschwächen, müssen die Anstrengungen für den Abschluss eines Abkommens erhöht werden. Eine „Koalition der Gleichgesinnten“ muss zukünftig der Motor für den Verhandlungsprozess sein.

Deutschland soll aktive Klimadiplomatie betreiben

Deutschland als einstiger Vorreiter muss nun wieder klimapolitisches Profil gewinnen. Es hat sich gezeigt, dass der internationale Klimaschutzprozess zukünftig weit stärker mit außenpolitischen Instrumenten vorangetrieben werden muss. Es bedarf mehr Vertrauen, neuer Allianzen und mehr Staaten, die sich in einer breiten Koalition für einen konsequenten internationalen Klimaschutz einsetzen. Eine aktive Klimadiplomatie ist langfristig angelegte Krisen- und Konfliktprävention, Außenhandels- sowie Entwicklungspolitik. Sie muss im Sinne der Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen der Armutsbekämpfung dienen. Klimadiplomatie kann darüber hinaus ein zielführendes Instrument hin zu einer funktionierenden weltweiten Staatengemeinschaft sein. Sie bietet die Möglichkeit, neue Mechanismen internationaler Zusammenarbeit, wie etwa Bottom-Up-Initiativen zu erproben und zu etablieren.

Die Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion soll Einschätzungen der Bundesregierung über den Erfolg einer Klimadiplomatie, die Bemühungen und Planungen der Bundesregierung sich in die Verhandlungen einzubringen und den jetzigen Stand der bi- und multilateralen Zusammenarbeit mit den BASIC-Staaten, USA, Russland, Afrika, Lateinamerika und Asien beleuchten.

Die Große Anfrage und die Antwort der Regierung gibt es unter www.spdfraktion.de

VERKEHR

Neuausrichtung der integrierten Verkehrspolitik in Deutschland und EU nutzen

Die EU-Kommission hat ihre Strategie „Verkehr 2050“ mit dem Weißbuch „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum – Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem“ am 28. März 2011 vorgelegt. Das europäische Weißbuch für Verkehr bildet die Grundlage der zukünftigen europäischen Verkehrspolitik. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Antrag (Drs.17/7177) vorgelegt, der am 10. November 2011 abschließend im Bundestag beraten wurde.

Die Potenziale des europäischen Verkehrsraumes und der große Handlungsbedarf werden durch die EU-Kommission klar aufgezeigt. Die Sozialdemokraten begrüßen, dass die Europäische Kommission mit der überarbeiteten Vorlage des Weißbuches für Verkehr einen grundlegenden Strukturwandel anstrebt.

Aus dem Weißbuch müssen konkrete Maßnahmen abgeleitet werden

Die Menschen seien in Europa regional und auch über Landesgrenzen hinweg beruflich und privat viel unterwegs, sagte der Bahnbeauftragte der SPD-Fraktion, Martin Burkert, in der Debatte. Gute Mobilität betreffe alle, vor allem auch die Wirtschaft. Verkehr ende nicht an Grenzen. Deshalb sei es wichtig, dass das EU-Weißbuch den Verkehr in Europa insgesamt betrachte. Die bis 2050 gesteckten Ziele für mehr Umwelt- und Klimaschutz seien dringend notwendig. Der Verkehr müsse seinen Beitrag in der Energieeffizienz leisten. Doch man brauche kein Weißbuch, was nur „träumt“, deshalb sei ein „Schwarz-auf-Weiß-Buch“ notwendig, das die Maßnahmen konkret festlege, forderte Burkert.

In ihrem Antrag stellen die Sozialdemokraten fest, dass es auch das Ziel einer europäischen Verkehrspolitik sein muss, die Vollendung des europäischen Binnenmarktes und die damit verbundene Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Verkehrswirtschaft voranzutreiben.

Mehr Verkehr auf die Schienen und Wasserstraßen

Als entscheidende Schritte zu klimafreundlichem Personen- und Gütertransport setzt die EU-Kommission auf die Entwicklung einer verkehrsträgerübergreifenden Mobilitätsplanung mit einem hocheffizienten und benutzerfreundlichen Verkehrsnetz, den CO₂-freien innerstädtischen Verkehr von Ballungszentren bis 2050 (bis 2030 bereits fünfzig Prozent weniger konventionelle Fahrzeuge), die Verlagerung der Personen- und Güterverkehre über eine Strecke von dreihundert Kilometern auf die umweltfreundlicheren Verkehrsträger Schiene und Wasserstraße sowie einen vierzigprozentigen Anteil CO₂-emissionsarmer Kraftstoffe für den Flugverkehr bis 2050. Doch anstatt wie im EU-Weißbuch gefordert mehr Verkehr auf Schiene und Wasserstraßen zu bringen, „setzt die Bundesregierung ausschließlich auf Asphalt,“ sagte Martin Burkert.

Viele Finanzierungsfragen offen

Kritisch zu hinterfragen ist aus Sicht der Sozialdemokraten, wie die Finanzierung der einzelnen im EU-Weißbuch benannten Maßnahmen, aber auch des gesamten Strukturwandels im europäischen Verkehrssektor gelöst wird. Die Verkehrsinfrastrukturfinanzierung obliegt den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU und wird in unterschiedlichster Form und Struktur realisiert. Der Mittelbedarf bei der Umsetzung der Ziele des EU-Weißbuches für Verkehr wird auf bis zu 90 Milliarden Euro pro Jahr bis 2030 bzw. auf etwa 550 Milliarden Euro bis 2020 für den Ausbau des Kernnetzes geschätzt. Wie der dargestellte Investitionsbedarf von bis zu 1500 Milliarden Euro in der Europäischen Union finanziell unterlegt werden soll, bleibt im Entwurf des EU-Weißbuches Verkehr weitestgehend offen.

Ramsauer soll endlich Konzept auf den Tisch legen

In Deutschland sei der Verkehrssektor schon heute im Vergleich zu anderen Staaten in Europa unterfinanziert, sagte der stellvertretende verkehrspolitische Sprecher, Michael Groß. Ramsauer solle endlich ein Konzept auf den Tisch legen, das klare Prioritäten setzt. Denn heute zeige sich, dass angesichts knapper Kassen einige Vorhaben „konzeptlos“ gestrichen und andere auf Grund politischen Einflusses umgesetzt würden.

Mobilität soll sicher und bezahlbar bleiben

Wichtig für die Zukunft unserer Mobilität in der Europäischen Union sei auch, dass sie nicht nur klimafreundlich, effizient und wirtschaftsfördernd, sondern sozial ausgestaltet wird. Bei einer grundlegenden Strukturveränderung und einem Umdenken zur Mobilität von morgen, dürfe diese nicht zum Luxus weniger werden. Deshalb fordern die Sozialdemokraten, dass Mobilität bezahlbar, sicher und umweltfreundlich sein muss, sagte Groß. Auch müssten die Arbeitsplätze im Verkehrssektor auf hohem sozialen Standard gesichert werden.

47 Forderungen an die Bundesregierung

Die Bundesregierung wird im Antrag u. a. aufgefordert, sich bei der EU-Kommission nachdrücklich für die nationalen Belange der Infrastrukturentwicklung und der Fortentwicklung des europäischen Verkehrsrau-

mes einzusetzen und bei der Formulierung von EU-Richtlinien, Verordnungen und Beschlüssen klar auf das Subsidiaritätsprinzip zu achten. Die nationale Verkehrspolitik und Verkehrsplanung in Deutschland soll mit den europäischen Zielen abgestimmt und für einen Neustart einer integrierten Verkehrspolitik genutzt werden. Insgesamt richten die Sozialdemokraten 47 Forderungen an die Bundesregierung, die sie bei der Diskussion und Umsetzung des EU-Weißbuchs einbringen soll.

WIRTSCHAFT

Unter Schwarz-Gelb ist Bürokratieabbau zum Stillstand gekommen

Weniger Bürokratie spart Zeit und Geld. Wird Bürokratie abgebaut, haben gerade mittelständische Unternehmen mehr Spielräume, in innovative Produkte und Dienstleistungen zu investieren. Nachdem in den letzten Jahren gute Fortschritte erzielt wurden, ist der Bürokratieabbau unter Schwarz-Gelb zum Stillstand gekommen. Die SPD-Fraktion will das ändern.

Sechs Jahre lang hat das Regierungsprogramm „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ gute Erfolge erzielt: Es hat unnötige Bürokratie um 20 Prozent verringert und die Wirtschaft um 10,5 Milliarden Euro entlastet.

2009 war damit Schluss: Seit der Regierungsübernahme durch Schwarz-Gelb stagniert der Bürokratieabbau. Das Ziel, 25 Prozent der unnötigen bürokratischen Lasten abzubauen, ist immer noch nicht erreicht.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in einen Antrag (Drs. 17/7610) verschiedene Maßnahmen, um diesen Stillstand zu überwinden. Dazu gehören neue Initiativen, um den Mittelstand, aber auch Bürgerinnen und Bürger von unnötiger Bürokratie zu entlasten. Das Programm Bürokratieabbau muss vor allem für kleine und mittlere Unternehmen ausgebaut werden. Der Normenkontrollrat muss gestärkt werden.

PROJEKT ZUKUNFT

Mehr Transparenz: Bürger bei Infrastrukturvorhaben von Anfang an beteiligen

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger wollen zwar, dass Strom in Deutschland aus erneuerbaren Energien wie z. B. aus Wind erzeugt wird. Doch niemand will, dass die Stromtrassen, die den Strom aus den Windparks im Norden in den Süden liefern, in seiner Nachbarschaft gebaut werden. Viele Infrastrukturvorhaben lösen Proteste in der Bevölkerung aus. Gleichzeitig ist Deutschland als Industriestandort auf eine gut funktionierende, moderne Infrastruktur angewiesen. Deshalb erarbeitet eine Projektgruppe der SPD-Bundestagsfraktion im Rahmen des „Projekts Zukunft“ Grundlagen für einen Infrastrukturkonsens.

Als ersten Schritt haben die Sozialdemokraten ein Dialogpapier für bessere Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturvorhaben vorgelegt, das sie am 31. Oktober in einem Werkstattgespräch unter dem Motto „Mehr Bürgerbeteiligung bei Planungsvorhaben. Mitreden – aber wie?“ mit Vertreterinnen und Vertretern von 15 Bürgerinitiativen aus ganz Deutschland diskutierten.

Bei Infrastrukturmaßnahmen mehr Demokratie wagen

Die Beteiligung von Bürgern bei Infrastrukturvorhaben zu verbessern, stehe in der Tradition der SPD und der von Willy Brandt, der einforderte, mehr Demokratie zu wagen, stellte SPD-Fraktionsvize Florian Pronold zu Beginn der Veranstaltung fest. Es gehe darum, Bürgerinnen und Bürger bereits an der Entscheidung zu beteiligen, ob ein Infrastrukturprojekt überhaupt realisiert werde oder nicht. Ebenso müssten

sie auch über Alternativen bei der Umsetzung mitentscheiden können. Allerdings werde es auch darum gehen, bei den Beteiligungsverfahren nicht nur die Situation vor Ort zu betrachten, sondern auch die Auswirkungen darüber hinaus mit einzubeziehen. Die SPD-Bundestagsfraktion wolle eine moderne und nachhaltige Industriepolitik. Dafür und für die in Deutschland lebenden Menschen müsse gemeinsam mit ihnen definiert werden, welche Infrastruktur in Zukunft benötigt werde.

Hierzu werfe das Dialogpapier rund 60 Fragen auf, die nun zur Diskussion stünden. Ziel sei es, die bisherige Planungskultur zu durchbrechen und neue Wege zu gehen, die einen Konsens über künftige Infrastrukturmaßnahmen ermöglichen. Man dürfe, sagte Hans-Joachim Hacker, Mitglied der Fraktions-Projektgruppe „Infrastrukturkonsens“, die Bürgerinnen und Bürger bei Planungsvorhaben nicht mit 30 Meter Akten allein lassen. Für eine bessere und echte Beteiligung seien deshalb neue Formen wie das Mediationsverfahren oder auch eine Planungswerkstatt denkbar.

Nur eine Bürgerbeteiligung von Anfang an ermöglicht eine ergebnisoffene Diskussion

Die Vertreter und Vertreterinnen der 15 Bürgerinitiativen bewerteten das Anliegen der SPD-Bundestagsfraktion, einen Infrastrukturkonsens durch eine bessere Bürgerbeteiligung möglich zu machen, sehr positiv. Auch das Verfahren, mit Verbänden und Bürgerinitiativen gemeinsam auf Grundlage des Dialogpapiers eine Lösung zu erarbeiten, fand großen Anklang. Alle waren sich einig, dass sich Bürgerinnen und Bürger bereits vor dem Raumordnungsverfahren an Entscheidungen beteiligen sollten. Denn nur so sei eine ergebnisoffene Diskussion möglich, die auch dahin führen kann, dass ein angedachtes Infrastrukturprojekt nicht umgesetzt oder eine alternative Linienführung vereinbart werde. Die Partizipationsmöglichkeiten sollten breit angelegt sein, und je nach Projekt sollte es Abstufungen bei der Beteiligung geben.

Transparenz, gleiche Augenhöhe und Zugang zu Informationen sind Voraussetzung

Transparenz bei Infrastrukturvorhaben war ein Schlüsselwort bei den Bürgerinitiativen. So muss nachvollziehbar sein, welche Kriterien ausschlaggebend für die Prioritätensetzung bei Projekten sind. Ebenso muss zwischen öffentlicher Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern die gleiche Augenhöhe bestehen. Dazu gehört, dass die Verwaltung alle Unterlagen in verständlicher Form z. B. im Internet zur Verfügung stellt. Des Weiteren wurde angeregt, den Bürgerinnen und Bürgern während eines Beteiligungsverfahrens einen Ombudsmann zur Seite zu stellen. Auch müssten die Gesetze auf die Höhe der Zeit gebracht und Planungsprozesse beschleunigt werden. Wenn ein Projekt jahrelang nicht begonnen worden sei, müsse eine Revision erfolgen, denn oft veränderten sich die Bedingungen und so auch das Projekt.

Bürgerbeteiligung muss als echte Beteiligung und nicht als Feigenblatt verstanden werden. Eine bessere Beteiligung, betonten die Bürgerinitiativen, könne dazu führen, schneller eine gute Entscheidung zu treffen und Projekte wirtschaftlicher umzusetzen. Hierfür ist eine neue Kultur in der Politik gefragt.

Die Projektgruppe „Infrastrukturkonsens“ wird die Diskussionsergebnisse in die Weiterentwicklung des Diskussionspapiers einfließen lassen. Zudem wurde das Papier an rund 80 Verbände geschickt, die dazu Stellung nehmen. Als weitere Maßnahme wird es ein Dialogpapier zum Bundesverkehrswegeplan geben.

Vertreterinnen und Vertreter der 15 Bürgerinitiativen:

Norbert Braun, Bürgerinitiative Pro Erdkabel Bad Gandersheim/ Kreiensen

Frank Groß, Pro Rheintal e.V. Bürgernetzwerk

Adalbert Häge, Interessengemeinschaft Bahnprotest an Ober- und Hochrhein

Bernd Kördel, Bürgerinitiative - Keine 380 kV Freileitung im Schwalm-Eder-Kreis

Susanne May, Bürgerinitiative Röbbel-Groß Hesebeck Keine A 39

Ralf Müller, Friedrichshagener Bürgerinitiative

Heiner Müller-Ermann, Aktionsgemeinschaft gegen die Isenthalautobahn

Dr. Birte Rodenberg, Bürgerinitiative Stadtring Süd Berlin BISS

Klaus Rohmund, Bürgerinitiative "Keine 380-kV-Freileitung im Werra-Meißner-Kreis"

Matthias Rojahn, Bürgerinitiative Pro Erdkabel Bad Gandersheim/ Kreiensen

Peer Schulze, Interessengemeinschaft "Achtung Hochspannung"

Heinz-Jürgen Siegel, Bürgerinitiative Delligsen in der Hilsmulde e.V.

Malte Siegert, Aktionsbündnis gegen eine feste Fehmarnbeltquerung

Dr. Angelina Sörgel, Bremer Bahnlärminitiative

Klaus Stöcklin, Bürgerinitiative Atdorf, Verein für den Erhalt des Abhaus und des Haselbachtals e. V.

Dr. Ursula Theiler, Bürgerinitiative "pro Kanallandschaft Kleinmachnower Schleuse"

Ingrid Wagner, Bürgerinitiative Luftverkehr Offenbach

Hartmut Wagner , Bürgerinitiative Luftverkehr Offenbach

PRESSE UND INTERVIEWS

Abzug der deutschen Soldaten aus Afghanistan beruht auf Initiative der SPD 10.11.11 - 1351

Zur angekündigten Reduzierung des Bundeswehrrkontingents in Afghanistan erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Gernot Erlar:

Die angekündigte Reduzierung des Bundeswehrrkontingents in Afghanistan auf zunächst 4.900 Soldaten und im weiteren Verlauf des Jahres 2012 auf 4.400 Soldaten ist die logische Konsequenz des vor einem Jahr eingeschlagenen Weges der vollständigen Übergabe der Verantwortung an die afghanischen Sicherheitskräfte bis 2014. Eine rein symbolische Truppenreduzierung, wie sie lange Zeit von Verteidigungsminister de Maiziere gefordert wurde, ist damit vom Tisch.

Es war die SPD, die sich bereits im Vorfeld der letzten Mandatsverlängerung klar und deutlich für die Festbeschreibung der Reduzierung des deutschen Bundeswehrrkontingents ausgesprochen hatte. Die Bundesregierung war damals nur zähneknirschend bereit gewesen, diesen Schritt mitzugehen.

Jetzt zeigt sich, dass unser Beharren auf dieser Zusage richtig gewesen war.

Erlar: Sanktionen lösen Problem mit Iran nicht Interview im SWR Tagesgespräch, 9. November 2011

Baden-Baden: SPD-Fraktionsvize Gernot Erlar hält nichts von neuen Sanktionen gegen den Iran wegen dessen Atomprogramm. Im Südwestrundfunk (SWR) sagte der frühere Staatsminister im Auswärtigen Amt: „Ich persönlich glaube, dass man keine Chance hat, wenn man den Iran weiter isoliert und noch mehr Druck ausübt.“ Stattdessen müsse man einen neuen Dialog in Gang bringen, „aufbauend auf der europäischen Verhandlungspolitik, nämlich eine Einbindung des Iran in einen umfassenden Nahostfriedensprozess.“ Dabei müssten zwei Dinge einbezogen werden: „Einmal die Atomwaffen in der Region, einschließlich der Atomwaffen in Israel [...] und der Atomwaffen Pakistans, und auch einschließlich die Zukunft der Palästinenser.“ Dann könne man vermutlich auch „das Thema Ahmadinedschad“ lösen, so Erlar im SWR.

Erlar äußerte sich auch zum angekündigten Rücktritt von Italiens Ministerpräsident Berlusconi: „Das ist in

doppelter Weise eine gute Nachricht.“ Berlusconi habe Italien belastet. Sein schlechtes Ansehen sei zuletzt auch ein Symbol gewesen „für die Handlungsunfähigkeit eines so wichtigen EU-Partners wie Italien das ist“. Nun könne das Land wieder handlungsfähig werden.

Wortlaut des Live-Gesprächs:

Lueb: Wir sprechen gleich über den Iran. Vorweg eine Frage zur aktuellen Entwicklung in Italien. Ministerpräsident Berlusconi hat angekündigt, dass er zurücktreten wird. Ist das eine gute Nachricht für Europa?

Erler: Das ist in doppelter Weise eine gute Nachricht. Berlusconi ist schon lange zu einer Belastung des Ansehens von Italien geworden und das stand eigentlich im Vordergrund der Debatte um Silvio Berlusconi. Aber zuletzt war es eben auch ein Symbol für die Handlungsunfähigkeit eines so wichtigen EU-Partners, wie Italien das ist, und in der augenblicklichen Krise brauchen wir ein handlungsfähiges Italien. Und diese Ankündigung bedeutet, dass es eine Chance gibt, dass es wieder ein handlungsfähiges Italien gibt.

Lueb: Kommen wir zu unserem eigentlichen Thema. Zumindest bis zum vergangenen Jahr hat der Iran an einer Atombombe gebaut. So steht es offenbar in dem neuen Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA. Entsprechend bedroht fühlt sich Israel und das hat schon zu Spekulationen geführt über Militärschläge gegen den Iran, um dessen Atomprogramm auszuschalten. Ist das eine berechtigte Warnung Israels oder wird hier gezündelt?

Erler: Also, zunächst einmal ist ganz offensichtlich das, was dieser Bericht enthält, sehr besorgniserregend, und auch in einer Offenheit, was die Details angeht, die es bisher in solchen Berichten nicht gab, sodass man sagen kann, es ist ein Bericht voller Hinweise auf Waffenprogramme des Iran, aber ausdrücklich bisher ohne Beweise für die Tatsache, dass der Iran nun tatsächlich es versucht, Atomwaffen herzustellen. Also, man muss, trotz allem noch vorsichtig mit diesem Bericht umgehen, weil es ein Unterschied gibt zwischen Hinweisen und Beweisen, aber man kann nachvollziehen, dass Israel beunruhigt ist.

Lueb: Nun könnte der Iran ja voranschreiten und Kontrolleure der Internationalen Atomenergiebehörde zulassen, das Land öffnen. Genau das wird seit Jahren gefordert und passiert nicht. Es gibt Wissenschaftler, die sagen, ein Militärschlag gegen den Iran hätte womöglich größere Auswirkungen als der Mord am österreichisch/ungarischen Thronfolger 1914 in Sarajevo. Damals folgt ein Weltkrieg. Ist das Panikmache?

Erler: Nein, ich glaube nicht. Ich glaube, dass ein Angriff auf den Iran in der ganzen Region zu einer politischen Explosion führen kann. Und dass das im Weltmaßstab eine Gefährdung sein kann. Das hat auch durchaus Belege gegeben dafür, zum Beispiel durch die Äußerung von Dimitri Medwedew, dem russischen Präsidenten, der von gefährlicher Rhetorik gesprochen hat, der gewarnt hat davor, dass jetzt eine Eskalation stattfindet, der gesagt hat, jetzt ist angezeigt, die Lage zu beruhigen. Und ähnlich besorgt hat sich ja auch die deutsche Bundesregierung und auch die französische Politik gegeben.

Lueb: Bundesaußenminister Westerwelle hat eine neue Sanktionsrunde angekündigt für den Fall, der nun offenbar eingetreten ist, nämlich, dass der Iran an Atomwaffen arbeitet. Auch die USA sprechen von einem größeren Druck durch Sanktionen. Können solche Strafmaßnahmen, also etwa ein Handelsembargo, überhaupt wirken oder trafen sie eigentlich nur die Menschen im Iran, aber nicht das Regime?

Erler: Ja, das Problem ist, und da haben Sie vollkommen Recht, also es gibt auch Interpretationen jetzt von dieser Kriegsrhetorik in Israel, dass es dabei im Wesentlichen darum geht vorzubereiten und die Bereitschaft zu erzeugen zu härteren Sanktionen, zum Beispiel einer Isolierung der iranischen Zentralbank oder einem kompletten Ölembargo. Das Problem ist, dass bisher alle solche Sanktionen eigentlich nichts bewirkt haben.

Lueb: Also was ist zu tun? Was kann getan werden, damit etwas wirkt?

Erler: Ja, also ich persönlich glaube, dass man keine Chance hat, wenn man den Iran weiter isoliert und noch mehr Druck ausübt. Ich glaube, dass man einen mutigen Wechsel in der ganzen Politik, aufbauend auf der europäischen Verhandlungspolitik, braucht, nämlich eine Einbindung des Iran in einen umfassenden Nahost-Friedensprozess im Sinne auch einer Regionalkonferenz als Prozess, bei dem also zwei Dinge auf jeden Fall eine Rolle spielen müssen: Einmal die Atomwaffen in der Region, einschließlich der Atomwaffen in Israel, die nicht offiziell bestätigt sind, aber die vorhanden sind, und der Atomwaffen Pakistans und auch einschließlich die Zukunft der Palästinenser. Wenn man das hinkriegen würde, dann würde man wahrscheinlich auch das Thema Ahmadinedschad lösen können. Denn das ist ein Mann, der lebt von der permanenten Konfrontation und auch eine Verschärfung der Sanktionen gehört zu diesem Umfeld.

Niebels Attacken gegen seine Amtsvorgängerin weisen auf Obsession hin

04.11.11 - 1308

Zu Äußerungen von Entwicklungshilfeminister Niebel, er wolle die "Spuren seiner Amtsvorgängerin im Ministerium beseitigen", erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Gernot Erler:

Dirk Niebels Verhalten als Minister ist unmöglich. Sein Bekenntnis, alle Spuren seiner Vorgängerin Heidemarie Wieczorek-Zeul im BMZ beseitigen zu wollen, weist auf eine Obsession hin. Es wird ihm in seiner vom Wähler begrenzten Amtszeit nicht gelingen, zu zerstören, was seine Vorgängerin in elf Jahren aufgebaut hat.

Jede Ministerin, jeder Minister, arbeitet auf den Grundlagen, die von den Vorgängerinnen und Vorgängern hinterlassen wurden. Nur Herr Niebel offenbar nicht. Seine Prioritätensetzung auf Dekonstruktion und sein Feldzug gegen angebliche "Linkstendenzen" in seinem Haus nehmen allmählich psychogene Ausmaße an.

Solche Verhaltensmuster sind aber eine denkbar schlechte Voraussetzung für eine Politik, die ohne sachliche Kriterien nicht auskommt. Inzwischen stellt sich die Frage, ob die von ihm vorgenommene Neuausrichtung, die auf eine gezielte Schwächung internationaler Institutionen zugunsten bilateraler Hilfe zielt, nicht eher persönlichen Motiven als einem vorzeigbaren inhaltlichen Konzept geschuldet ist.

Niebel sollte schleunigst von seinem persönlichen Rachefeldzug herunterkommen und sich endlich auf die Kernaufgaben seines Ministeriums konzentrieren. Als bloßer "agent provocateur" wird er den Anforderungen eines Bundesministers immer weniger gerecht.

Der "türkische Weg": Modell für die Transformation in der arabischen Welt?

EurActiv.de, Freitag, 4. November 2011

Debatte: Die neue Türkei (3)

Die Entwicklung der Türkei könnte sich als "Exportschlager" für die benachbarten Staaten der Levante und Nordafrikas entpuppen, schreibt Gernot Erler (SPD) in einem Standpunkt auf EurActiv.de. Deutschland und die EU wären gut beraten, den besonderen Zugang, den die Türkei in diese Länder hat, anzuerkennen und dies politisch zu nutzen - anstatt wie Paris und Berlin den "Bremsverstärker" einzuschalten.

Die Umwälzungen in zahlreichen Ländern Nordafrikas und dem Nahen und Mittleren Osten haben die Aufmerksamkeit für die gesamte Region enorm erhöht. Dabei gerät mit der Türkei ein Land verstärkt in den Fokus, das häufig als Mittler zwischen Orient und Okzident charakterisiert wird.

Die Türkei erfährt seit rund einem Jahrzehnt eine Phase ungebremsst scheinenden wirtschaftlichen Wachstums und gesellschaftlicher Modernisierung, gepaart mit einer stärker werdenden Rolle des Islams innerhalb der türkischen Gesellschaft. Diese auf den ersten Blick widersprüchliche Entwicklung könnte sich als „Exportschlager“ für die benachbarten Staaten der Levante und Nordafrikas entpuppen. Die politisch und wirtschaftlich erfolgreiche Politik der gemäßigt islamistischen AKP zeigt, dass Fortschritt und das Bekenntnis zum Islam sich nicht ausschließen müssen.

In Tunesien hat die islamisch geprägte Ennahda-Bewegung, die sich ausdrücklich auf die AKP als politisches Vorbild beruft, die ersten freien Wahlen seit Jahrzehnten gewonnen. Im Westen neigt man dazu, islamische politische Bewegungen sehr schnell in die „Schmutzdecke“ zu stellen. Dabei zeigt der Weg der Türkei exemplarisch, dass es auch anders gehen kann. Insofern sollten wir würdigen, dass es so etwas wie einen „türkischen Weg“ gibt, der den jungen Transformationsgesellschaften als Vorbild dienen könnte und im günstigsten Fall Moderne und Islam miteinander versöhnt. Wenn dieser Spagat gelingt, brauchen wir vor der weiteren Entwicklung in der Region keine Angst zu haben.

Wie die Wahlen in Ägypten ausgehen und die weitere Entwicklung in Libyen aussieht, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abschließend beurteilen. Eines aber steht fest: Auch in diesen Ländern gibt es einen mehr oder weniger starken Einfluss islamischer Kräfte. Sie auf Dauer aus der politischen Willensbildung fernzuhalten, wird nicht gelingen und wäre politisch unklug, angesichts der Tatsache, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung in diesen Ländern religiös geprägt ist.

Die Hoffnungen und Sehnsüchte vieler Menschen kamen beim Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan in Kairo, Tunis und Tripolis deutlich zum Vorschein. Erdogan wurde von den Menschen umjubelt. Insofern kommt der Türkei in dieser Phase eine außerordentlich wichtige Funktion zu. Sie muss zugleich versuchen, die Euphorie etwas zu bremsen, damit die Erwartungen nicht zu sehr in den Himmel wachsen. Enttäuschungen und Frustrationen wären die Folge.

Welche Verantwortung haben Deutschland und die EU in diesem Zusammenhang? Wir wären gut beraten, den besonderen Zugang, den die Türkei in die Länder des Nahen Ostens und Nordafrika hat, anzuerkennen und dies politisch zu nutzen. Doch was passiert? Statt diese historische Chance zu ergreifen und die EU-Beitrittsverhandlungen mit Ankara mit neuen Impulsen zu versehen und damit klare Signale in Richtung Aufnahmebereitschaft auszusenden, schaltet die EU den Bremsverstärker ein und verzögert die Verhandlungen. Dabei hat die Türkei den genannten Aspekten ein Wirtschaftswachstum vorzuweisen, von dem der Rest der EU nur träumen kann.

Merkel und Sarkozy sind hier die Hauptbremsen. Es offenbart sich eine gefährliche Hybris, die sich irgendwann als Bumerang herausstellen kann. Dabei hat der türkische Ministerpräsident Erdogan erst vor wenigen Tagen anlässlich seines Berlinbesuchs Deutschland eindringlich um Unterstützung auf dem Weg in die EU gebeten.

Die Türkei hat durch wirtschaftliches Wachstum, aber auch durch erkennbare Schritte zu mehr Rechtsstaatlichkeit und Demokratie und nicht zuletzt durch eine Außenpolitik, die auf eine Mittlerrolle in der arabischen Welt setzt, erheblich an Einfluss und Gewicht als Regionalmacht gewonnen. Eine rechtsstaatliche Türkei, die auch international auf die Einhaltung des Rechts und auf die friedliche Lösung von Konflikten setzt, ist ein herausragender Partner der Europäischen Union. Daher muss das Angebot und die Perspektive einer türkischen EU-Mitgliedschaft aufrecht erhalten und mit neuem Leben erfüllt werden.

Gernot Erler, MdB, ist Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Westerwelle spaltet Europa

31.10.11 - 1289

Zum uneinheitlichen Abstimmungsverhalten der Europäer in der Frage der Aufnahme Palästinas in die UNESCO erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Gernot Erler:

Die Abstimmung innerhalb der UNESCO über die Aufnahme Palästinas ist zu einem Fiasko für die Europäer geworden. Statt sich gemeinsam der Stimme zu enthalten, haben insbesondere Deutschland und die Niederlande mit ihrer Ablehnung des palästinensischen Aufnahmeantrags maßgeblich dazu beigetragen, dass Europa wieder einmal ein Bild der Zerrissenheit in einer wichtigen außenpolitischen Frage abgibt. Hinzu kommt, dass Deutschland mit seinem Nein weltweit ziemlich isoliert ist angesichts des Umstands, dass 107 Staaten für und nur 14 gegen den Antrag der Palästinenser stimmten.

Außenminister Westerwelle darf sich den zweifelhaften Verdienst anrechnen, maßgeblich zu dieser Blamage beigetragen zu haben. Er muss der Öffentlichkeit erklären, was ihn dazu bewogen hat, einen möglichen europäischen Kompromiss torpediert zu haben. Selbst Großbritannien, ein treuer Verbündeter der USA, hat sich nicht dem Druck aus Washington gebeugt und sich der Stimme enthalten.

Diese europäische Kakophonie wird das außenpolitische Gewicht Europas in der Welt weiter schwächen. Ein geschlossenes europäisches Abstimmungsverhalten wäre ein Signal der Stärke gewesen und hätte den Konfliktparteien in Nahost signalisiert, dass Europa gewillt ist, sich verstärkt um eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts zu bemühen. Diese Chance wurde leichtfertig vertan - zum Schaden aller. Europa scheidet ganz offensichtlich hier als ernstzunehmender Akteur auf längere Sicht aus.